

In der Senatssitzung am 14. Juni 2022 beschlossene Fassung

Der Senator für Finanzen

7. Juni 2022

Vorlage für die Sitzung des Senats am 14. Juni 2022

Umbesetzung des Aufsichtsrates der ZOB Zentral-Omnibus-Bahnhof GmbH

A. Problem

Herr Christoph Lankowsky hat sein für die Freie Hansestadt Bremen im Aufsichtsrat der ZOB Zentral-Omnibus-Bahnhof GmbH (ZOB) wahrgenommenes Mandat niedergelegt. Daher ist über die künftige Besetzung dieses Mandates zu entscheiden.

B. Lösung

Der Senator für Finanzen schlägt dem Senat vor, den Aufsichtsrat der ZOB mit Herrn Jürgen Hoffmann, Leiter des Referates Strategische Verkehrsplanung bei der Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau, als Nachfolger für Herrn Christoph Lankowsky zu besetzen.

C. Alternativen

Werden nicht vorgeschlagen

D. Finanzielle und Personalwirtschaftliche Auswirkungen, Gender-Prüfung

Finanzielle / Personalwirtschaftliche Auswirkung

Keine

Gender-Prüfung

Gender-Aspekte wurden geprüft.

Die mit dieser Senatsvorlage vorgeschlagene Besetzung hat folgende Auswirkung auf die Verteilung der senatsseitigen Mandate in den Aufsichtsgremien im Hinblick auf die Geschlechterverteilung: Der Freien Hansestadt Bremen stehen in dem Aufsichtsrat der ZOB insgesamt zwei Mandate zu. Bezogen auf diese Mandate bleibt durch die vorgeschlagene Umbesetzung das Geschlechterverhältnis zwischen Frauen und Männern unverändert bei 1:1. Herr Jürgen Hoffmann ist in seiner Eigenschaft als Leiter des Referates für Strategische Verkehrsplanung für die Wahrnehmung dieses Mandates besonders geeignet.

E. Beteiligung und Abstimmung

Die Vorlage ist mit der Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau und der Senatskanzlei abgestimmt. Sie wurde der Bremischen Zentralstelle für die Verwirklichung der Gleichberechtigung der Frau zur Kenntnis gegeben.

F. Öffentlichkeitsarbeit und Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz

Öffentlichkeitsarbeit

Entfällt

Veröffentlichung nach dem IFG

Die Vorlage ist zur Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz geeignet.

G. Beschlüsse

- 1) Der Senat beschließt, den Aufsichtsrat der ZOB Zentral-Omnibus-Bahnhof GmbH mit Herrn Jürgen Hoffmann als Nachfolger für Herrn Christoph Lankowsky zu besetzen.
- 2) Der Senat bittet den Senator für Finanzen um die entsprechende Umsetzung.
- 3) Die Aufsichtsratsmandate und andere Funktionen, soweit Bedienstete der Freien Hansestadt Bremen betroffen sind, werden im Rahmen einer Nebentätigkeit wahrgenommen. Die Wahrnehmung der Tätigkeit erfolgt auf Verlangen des Senats. Der Senat erwartet, dass die Mandatsträgerinnen und -träger bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben auf die Unterstützung der bremischen Verwaltung zurückgreifen. Er genehmigt den Betroffenen deshalb insoweit die Inanspruchnahme von Einrichtungen, Personal und Material der Freien Hansestadt Bremen. Auf die Entrichtung eines Entgelts wird verzichtet.

Soweit für die Wahrnehmung der Aufgaben im Aufsichtsrat neben dem Aufwendungsersatz Vergütungen gezahlt werden, unterliegen diese der Ablieferungsverpflichtung gemäß § 5a des Senatsgesetzes und der §§ 6 und 6a der Bremischen Nebentätigkeitsverordnung. Eine Befreiung von der Ablieferungsverpflichtung gemäß § 6a BremNVO wird nicht erteilt. Der Senat bittet den Senator für Finanzen, die Betroffenen über diese Beschlüsse zu unterrichten.